



1-Euro-Jobs an Schulen – eine Gefahr für reguläre Arbeitsplätze

Sich selbst nicht das Wasser abgraben

1-Euro-Jobs – das hat doch nichts mit Schule zu tun. Wer das glaubt, wird jetzt eines Besseren belehrt, denn nicht nur Schulträger und Fördervereine interessieren sich für die Beschäftigung von Beziehern des Arbeitslosengeldes II.

Auch Schulleitungen ist zwischenzeitlich von Seiten der Schulbehörden und des MK in offiziellen Schreiben die Möglichkeit aufgezeigt worden, durch die Beschäftigung von Personal gemäß der Hartz-IV-Gesetzgebung preisgünstige Unterstützung „einzukaufen“. Wie Schulträgern können auch Schulen selber Maßnahmen bei der zuständigen Niederlassung der Bundesagentur für Arbeit beantragen. Diese zahlt pro „Ein-Euro-Job“ bis zu 500 Euro Unterstützungsleistung, wovon etwa 200 Euro für die Mehraufwandsentschädigung der Beschäftigten (1,50 Euro pro Stunde) vorgesehen sind und ca. 300 Euro für deren sozialpädagogische Betreuung, fachliche Anleitung und Qualifizierung verwendet werden können. Der Umfang der Beschäftigung sollte mindestens 15 und höchstens 30 Stunden pro Woche betragen.

Beschäftigung von Personal „einkaufen“

Eingesetzt werden können die so genannten „1-Euro-Jobber“ nicht nur im Zuständigkeitsbereich des Schulträgers, d.h. zur Unterstützung von Hausmeisterarbeiten oder in Mensa und Küche, sondern auch im pädagogischen Bereich. Beispielhaft werden in den Schreiben der Behörden Betreuungsaufgaben in Freistunden und in Fällen fehlender Vertretungskräfte, in Mittagspausen und während des Mittagessens in Ganztagschulen sowie vor und nach dem Unterricht zur Erweiterung der Betreuungszeiten

für berufstätige (Allein-)Erziehende genannt. Bei entsprechender Eignung können, so heißt es, auch Hausaufgabenhilfe, Arbeitsgemeinschaften sowie Teilaufgaben von Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übernommen werden.

Nicht in die Falle gehen

Wer bisher der Auffassung war, mit der geforderten „Öffnung von Schule“ seien Kooperationen mit außerschulischen Institutionen oder Netzwerkverbünde mit anderen Schulen der Region gemeint, wird feststellen müssen, dass die niedersächsische Regierungskoalition Anderes im Sinn hat. Immer mehr pädagogische Aufgaben der Schulen sind in den letzten Jahren auf Beschäftigte übertragen worden, die in der Regel nicht über eine entsprechende pädagogische Ausbildung verfügen – ob Betreuungskräfte an den Verlässlichen Grundschulen, die seit neuestem Pädagogischen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter genannt werden, oder Honorarkräfte, die zunehmend größere Teile des Nachmittagsangebotes an Ganztagschulen abdecken. Die Lehrerversorgung ist zeitgleich so reduziert worden, dass einzelne Schulen gezwungen sind, diese Beschäftigten auch regelwidrig für Unterrichtstätigkeit einzusetzen. Den „Schwarzen Peter“ hat die Schule.

Es bleibt nur zu hoffen, dass die Schulen nicht in die Falle dieses vermeintlichen „Angebotes“ gehen. Gute pädagogische Arbeit

kann nur mit entsprechend qualifiziertem Personal geleistet werden; sie braucht Verlässlichkeit und Kontinuität. All dieses darf sich die Schule nicht für eine Aufwandsentschädigung von rund 500 Euro pro Monat abkaufen lassen, um damit dann in der Regel nicht qualifizierte Beschäftigte billig einkaufen zu können.

Die Erfahrungen der Verlässlichen Grundschulen und der Ganztagschulen liegen vor: Immer mehr pädagogische Aufgaben der Lehrkräfte werden auf Betreuungskräfte übertragen und zeitgleich werden die Lehrerstundenzuweisungen gekappt. Motto: Warum noch teures Fachpersonal einkaufen, wenn es auch billiger geht. Sich die weitere Entwicklung vorzustellen, bedarf keiner großen Phantasie.

Gefahr für die Stundenzuweisung

Die Stimmen, die in dem Bereitstellen von Beschäftigungsmöglichkeiten eine Unterstützung der Betroffenen sehen, sollten berücksichtigen, dass solche Beschäftigungen gerade nicht dazu führen werden, diesen „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ Arbeitsgelegenheiten mit dem Ziel zu schaffen, ihnen einen späteren Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen. Sie tragen eher dazu bei, sich selbst das Wasser abzugraben, denn je mehr 1-Euro-Jobs in Schulen entstehen, desto mehr sichere und sozialverträgliche Arbeitsplätze werden verloren gehen. Größte Vorsicht ist geboten.

CORDULA MIELKE